

Bürokratieabbau und Bürgerfreundlichkeit als Chance gegen Politikverdrossenheit

Zu viele und zu aufwändige Regelungen und ihre häufig komplizierte Umsetzung kosten Bürger, Unternehmer und Betriebe zu viel Zeit. Außerdem verlieren die Regelungen, die in Ihrer Gesamtheit kaum noch überschaut werden können an Respekt und Beachtung. Bürokratieabbau ist damit eines der zentralen Politikziele der Bundesregierung: viele Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung können abgebaut werden, ohne die Wirksamkeit gesetzlicher Regelungen einzuschränken.

Mit der Zustimmung zum Maßnahmenpaket „Brücken für den Arbeitsmarkt und Innovation“ am 21. April 2010, hat das Bundeskabinett mit den folgenden Eckpunkten erste Maßnahmen für mehr Bürgerfreundlichkeit auf den Weg gebracht.

Bürokratieabbau und mehr Bürgernähe in der Fahrzeugzulassung

Die Bundesregierung verstärkt in der Fahrzeugzulassung konsequent den Abbau von Bürokratie.

Noch in diesem Jahr verringern wir doppelte Meldepflichten und führen Wechselkennzeichen ein. Damit sollen zum Beispiel 2 Fahrzeuge (z. B. ein „normaler“ Pkw und ein Elektro- bzw. besonders schadstoffarmer Pkw) mit dem gleichen Kennzeichen und günstigerer Versicherung betrieben werden können. Darüber hinaus prüfen wir die Einführung eines Versicherungs-Kurzzeitkennzeichens, das nicht durch die Behörde, sondern durch den Versicherer mit einer Gültigkeit von bis zu 5 Tagen ausgegeben wird. Damit können Fahrzeuge unabhängig von Behördenöffnungszeiten etc. kurzfristig und versichert genutzt werden.

Die Bundesregierung wird die Pilotprojekte im Rahmen von Deutschland-Online, die insbesondere auch regionale Möglichkeiten der Verwaltungsvereinfachung aufgreifen (z. B. die Zusammenarbeit mit Gemeindeämtern und Meldebehörden), sowie auch die Antragstellung per Internet ermöglichen, gemeinsam mit den Ländern zügig auswerten und mit der Umsetzung erster Schritte beginnen.

Vereinfachung der sicheren elektronischen Kommunikation

E-Mails sind zu einem Massenkommunikationsmittel geworden, das privat ebenso selbstverständlich genutzt wird wie in der Kommunikation mit Behörden und Geschäftspartnern. Um die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz der elektronischen Kommunikation auszubauen, ist eine zuverlässige und geschützte Infrastruktur

Impressum

Herausgeber: Katharina Landgraf, MdB (v.i.S.d.P.)

Redaktion: Michelle Karautzki

Kontakt: katharina.landgraf@bundestag.de

Redaktionsschluss: 14. Juni 2010

notwendig, die die Vorteile - insbesondere die einfache Nutzung - der E-Mail mit Sicherheit und Datenschutz verbindet. Mit den De-Mail-Diensten wird bis Ende 2010 eine Plattform bereitgestellt, mit der der Versand bzw. der Empfang von De-Mails nachgewiesen und die Identität der Kommunikationspartner gesichert werden kann.

Verwaltungsmodernisierung

Die Bundesregierung wird bis Juli 2010 ein Programm zur Modernisierung der Bundesverwaltung "Vernetzte und transparente Verwaltung" beschließen. Die Verwaltung soll effizienter und bürgernäher werden sowie dem demographischen Wandel, der Globalisierung und der zunehmenden Digitalisierung des Alltags wirksam begegnen. Maßnahmen werden unter anderem sein: der Ausbau von Dienstleistungszentren der Bundesverwaltung, Personal- und Führungskräfteentwicklung, Gesundheitsförderung und die kontinuierliche Modernisierung der Informations- und Kommunikationstechnik durch den weiteren Ausbau des E-Government-Angebotes des Bundes.

Als eines der Projekte macht die Bundesregierung zudem in einem ersten Schritt bis Ende 2010 Informationen zu allen Service- und Sonderrufnummern des Bundes unter der einheitlichen Behördenrufnummer 115 zugänglich.

Vereinfachungen im Bereich des BAföG

In der 23. BAföG-Novelle ist unter anderem eine Pauschalierung des Mietzuschusses geregelt. Damit werden Antragstellern und Behörden umfassende Nachweis- und Prüfpflichten erspart, die bislang einzuhalten waren, obwohl nahezu allen nicht bei den Eltern wohnenden Studierenden der volle Mietzuschuss bewilligt wird.

Novelle der StVO

Der umfassende Austausch älterer Verkehrsschilder durch graphisch neu gestaltete wird nicht stattfinden. Die Bundesregierung wird noch in diesem Jahr eine neue Verordnung vorlegen, mit der unnötige Bürokratie- und Kostenbelastungen vor allem der Kommunen vermieden werden.

Weitere Maßnahmen folgen schon im Sommer dieses Jahres: Die Bundesministerien legen dann ihre Pläne zum Abbau von noch bestehenden Kosten der Wirtschaft aus bundesrechtlichen Informationspflichten vor.

Impressum

Herausgeber: Katharina Landgraf, MdB (v.i.S.d.P.)
Redaktion: Michelle Karautzki
Kontakt: katharina.landgraf@bundestag.de
Redaktionsschluss: 14. Juni 2010